

KULTUR MAGAZIN 101

Oktober/November 1993

Fr. 8.-



Interessen von z.B. Indonesien, China oder der Türkei - alles Länder, die für ihre meschenverachtende Politik bestens bekannt waren.

Die cleveren Werbestrategen sorgten sowohl im Kongress als auch bei der UNO für spektakuläres Werbematerial. Angebliche Zeugen, von Hill & Knowlton trainiert und instruiert, konnten so die Mär von den 312 elendig zugrundegegangenen Babies unter das Volk bringen, wo es eine Zeitung von der anderen abschrieb, bis sogar Amnesty International darauf heriefiel

Als dann bekannt wurde, dass die Frühgeburten (ungefähr 30) von ihren eigenen Müttern während eines Luftangriffs panikartig aus den Brutkästen herausgerissen worden waren, um sie so zu schützen, war der Krieg längst vorbei und kein Mensch interessierte sich mehr für den wahren Sachverhalt. Genausowenig wie für den Umstand, dass die erste und einzige Zeugin der Schandtat zufällig die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA war.

Die 12 Millionen der Scheichs jedenfalls waren gut angelegt: Mit nur 5 Stimmen stimmte der Senat dem Kriegseintritt zu, wobei sich 6 Senatoren "ausdrücklich auf die Brutkasten-Behauptung" beriefen.

Das Versagen der Medien

Wo aber blieb vor und während des Krieges die kritische Berichterstattung durch die Medien? Auch da hatte die Bush-

Administration langfristig vorgesorgt. Immer noch die Angst des Vietnam-syndroms im Nacken, wo angeblich Journalisten und nicht Politiker und Soldaten die Niederlage verursacht hatten, entwarf das Pentagon bereits kurz nach dem irakischen Einmarsch einen Schlachtplan, um die Presse zu knebeln. Er sah vor, eine ausgewählte Zahl von Journalisten in sogenannten "Pools" zusammenzufassen, die ständig unter militärischer Begleitung/Kontrolle standen - Zu ihrem eigenen Schutz, versteht sich. Die Pressevertreter sollten bereits gefilterte Informationen erhalten, und ihre Berichte zusätzlich der Zensur unterworfen werden. Natürlich nur während der Anfangsphase, um keine militärischen Geheimnisse preiszugeben. Dass diese Phase während des ganzen Krieges andauern sollte, wurde den Journalisten wohlweislich verschwiegen, und somit gaben sie ihr Plazet zu einer Knebelung der Pressefreiheit, ohne sich vertragliche Garantien geben zu lassen. Die Medien hatten nämlich Angst, Leser bzw. Zuschauer und somit Werbeeinnahmen zu verlieren, wenn sie sich dem Pool nicht anschlossen. Schliesslich war der Krieg in den USA dank Hill & Knowlton ungeheuer populär. Geschickt nutzten die Public Relationsberater der amerikanischen Regierung den Konkurrenzkampf der Medienkonzerne aus, die sich dann während des Krieges mit der Verbreitung harmloser, ja regelrecht schöner Kriegsbilder ohne Tote und Verstümmelte überboten. Kritische Soldatenstimmen und Unruhen in der Truppe gab es genausowenig wie von den eigenen Kollegen erschossene Soldaten oder gar missglückte Angriffe der "Alliierten". Der bekannte Journalist und Herausgeber des ehrwürdigen amerikanischen Magazins "Harper's Weekly" deckt schonungslos auf, wie einerseits die Behörden die Medien an der Nase herumführten. Pointiert beschreibt er aber auch, wie willfährig die meisten seiner Kollegen den Wünschen der Regierung entgegenkamen und dabei auf eigenen, investigativen Journalismus verzichteten. Auch nach dem Golfkrieg versuchten die meisten Medienvertreter ihr Versagen durch Sachzwänge zu entschuldigen oder sogar zu verteidigen. Doch das opportunistische Verhalten der Presse lässt sich wohl eher als gesamtgesellschaftliches Phänomen begreifen. So jedenfalls deutet es der Medienstar Dan Rather in einem Interview mit MacArthur: Es gebe

eine Tendenz, "die Mitte zu suchen und mit der Masse zu gehen, keinen Aegerger zu machen, keine unangenehmen Fragen zu stellen, kein Risiko einzugehen...". Eine Erscheinung also, die uns hierzulande nur allzu bekannt ist.

Guy Kempfert

KULTUR MAGAZIN

Postfach 400 4012 Basel

6 Nummern im Jahr (2 Doppelnummern)
Fr. 37.-/Jahr (Ausland Fr. 45.-, Unterstützung Fr. 50.-)

Redaktion:

Rosemarie Heilmann (Basel) Stephan Heilmann (Basel) Dani Schönmann (Basel) Christoph von Sauberzweig (Basel) Beat Wyss (Zürich)

Verantwortlich für diese Nummer:
Dani Schönmann

BS: Dani Schönmann Häisingerstr. 35
4055 Basel 061/43 83 27

ZH: Beat Wyss Zürichbergstr. 12
8032 Zürich 01/251 65 10

Satz: sn-desktop

Druck: Rumzeis-Druck Basel

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

25

Arbeitslosigkeit - wirtschaftspolitische Alternativen

Transnationalisierung der Arbeitsmärkte, Krise des tertiären Sektors; Geschichte der Arbeitslosigkeit und keynesianische Politik; Strukturpolitik, SGB- Antikrisenprogramm, Arbeitszeitverkürzung; Grüne Wirtschaftspolitik, Teilzeitarbeit - Frauenautonomie

B. Mahnkopf, E. Altwater, K.G. Zinn, B. Degen,
S. Gaillard, Ch. Müller, W. Schöni, H. Baumann,
A. Rieger, Th. Heilmann, Ch. Eckart,
U. Kichenmann, I. Meier

Diskussion

A. Gorz: Verfall der Arbeitsgesellschaft / Aufstieg post-ökonomischer Werte
P.M.: Lässt sich Angst rationalisieren?
R. Barwinski Föh: Arbeitslosigkeit macht krank

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

13. Jg./Heft 25 - Juni 1993

Fr. 18.-

208 Seiten, Fr. 18.-
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach 8026 Zürich

Liebe Leserin, lieber Leser

Benjamin hat die Frage gestellt, ob sich Vergangenheit nur erkennen lasse, wenn sie mit Jetztzeit erfüllt werden kann. Diese seltsame Formulierung trifft auf unser Vorhaben zu, die 68er Bewegung nach 25 zum Inhalt unseres Schwerpunkts dieser Nummer zu machen. Leicht wäre es, die Vergangenheit unhistorisch zu verklären, von den guten alten Zeiten zu schwärmen, in denen eben eine Bewegung noch eine Bewegung, ein Revolutionär noch ein Revolutionär war. Die Bewegung hat, darüber sind sich auch ihre Gegner einig, tiefe Spuren in der Nachkriegsgeschichte hinterlassen, sie hat ein Kontinuum politischer und alltäglicher Verkehrsformen geschaffen, das sich deutlich von der Epoche vor 68 unterscheidet. Trotzdem sind die meisten Hoffnungen und Ansprüche der damals Bewegten nicht oder in ganz verzerrter Form in Erfüllung gegangen. Gerade in einer Zeit, in der die letzten offensichtlichen politischen Folgen von 68, die neulinken Parteien, verschwinden, wäre es an der Zeit, nach Spuren von Jetztzeit in dieser nicht allzufernen Vergangenheit zu suchen.

Falls Sie vergessen haben sollten, die Abogebühr für das Jahr 93 zu bezahlen, wird Sie in wenigen Tagen ein Einzahlungsschein darauf aufmerksam machen, dass Kulturmagazin nicht von Luft allein leben kann.

Ihre Redaktion

Inhalt

2/38
Bücher

5
Dani Schönmann
Modernisierung der Moderne

Unteilbarkeit der Menschenrechte
Interview mit Mascha Madörin

12
Alex Gfeller
Die Wahl

13
Fiebriger Zeitgeist
Kuma Roundtable zu 68

18
Georg Geiger
Tagebuchgedicht (1985)

19
Erich Otto Graf
Die neue Linke

25
Cedric Ruepp
Ein paar unbedeutende Neuerungen

26
Martin Geier
5 Fotografien

32
Willi Matter
Le Journal de Lady M

33
Christian Bühler
Der antisemitische Bestseller

36
Rosemarie Heilmann
Beziehungsdelikt

KUMA: Wie blickst Du von heute aus auf die damalige Bewegung zurück, auf eine Bewegung, die mit ungeheuren Ansprüchen aufgetreten ist und die damalige Situation vielleicht auch völlig falsch eingeschätzt hat. Was sah man damals richtig, wo hat man sich gettäuscht, was ist geblieben?

Mascha Madörin: Am meisten interessierte mich damals die Drittweltfrage, und wenn ich heute die Welt betrachte, dann meine ich schon, dass sehr viele damalige Analysen des Kapitalismus und Imperialismus zutrafen. Unsere Einschätzungen waren jedoch zu optimistisch. Was in den 80er Jahren im Zusammenhang mit der Verschuldung passierte, mit der Durchsetzung der IWF- und Weltbankpolitik, waren Szenarien, die wir uns in den schlimmsten Träumen nicht hätten vorstellen können. Wenn ich mir die Grössenordnung der Umverteilung und das Ausmass der Zerrüttung und Zerstörung der Wirtschaft im Süden vorstelle, dann werde ich sprachlos. Heute wird radikal in Frage gestellt, was damals selbstverständlich erschien, nämlich das Paradigma der bürgerlichen Revolution, das Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden beinhaltete und auf das sich die sozialistischen Bewegungen letztlich auch stützten. Mit äusserster Unverfrorenheit werden heute die heiligen Kühe der Französischen Revolution geschlachtet, die für uns damals Werte darstellten, auf die wir uns berufen konnten. Heute stellt sich dringend die Frage, was wir von diesen Werten noch verteidigen wollen, an welchen Elementen dieser bürgerlichen Revolution, an welchen ihrer Träume wir noch festhalten wollen und können.

Ist nicht die Menschenrechtsdebatte, die im Moment zwischen Nord und Süd läuft, eben auch Ausdruck der nördlichen Dominanz. Du hast die Bürgerliche Revolution erwähnt, sie fand aber im Norden statt. Müssten wir nicht unseren eigenen Globalanspruch, der auch 68 so sehr im Vordergrund stand, in Frage stellen?

Als wir nach der Unabhängigkeit nach Moçambique kamen, stellte ich fest, dass unser Blick auf die dortigen Verhältnisse sehr stark von den damaligen politischen Verhältnissen hierzulande geprägt war. Wir haben gelernt, dass die Realitäten in Afrika nicht mit unseren Kategorien zu beschreiben sind, aber die Menschen in Afrika haben selbstverständlich den An-

spruch, an dem teilzuhaben, was wir im Zusammenhang mit der Bürgerlichen oder der Sozialistischen Revolution als "Ideal vom freien Menschen" betrachten, "der bürgerliche und politische Freiheit geniesst und frei von Furcht und Not lebt" (UNO, 1966). Die alternative Menschenrechtskonferenz in Wien zeigte klar, dass südliche Menschenrechts- und Frauenbewegungen sich klar auf die universalen Menschenrechte berufen und dass sie nach wie vor die Unteilbarkeit der Menschenrechte fordern. Im Fall von Asien waren es die Regierungen der südostasiatischen Tigerländer, die den Kulturrelativismus ins Spiel gebracht haben. Sie vertreten die alte Theorie, die die USA für Lateinamerika schon früher entwickelt hat, dass eine Diktatur für die wirtschaftliche Entwicklung günstig sei, dass erst nach einer Wirtschaftsentwicklung Menschenrechte verallgemeinert werden können. Auch die chinesische Regierung vertrat den Kulturrelativismus. Ich misstrau ihm zunehmend. Heute gibt es kaum mehr ein Dorf auf der Welt - ausser in der VR China-, in dem nicht Coca-Cola erhältlich ist, heute kann man überall in der Welt mit einer Autobatterie und einem Faxgerät faxen, deshalb stellt sich die Frage nach der Universalität von Menschenrechten immer dringender. Der Weltmarkt ist universal. Ich kann nicht stellvertretend die Träume der Menschen im Süden formulieren und von ihnen verlangen, dass sie nicht von Gleichheit der Löhne z.B. träumen. Als ich in Moçambique arbeitete, war ich angestellt von der Regierung, mein Lohn, den ich an der Uni bekam, verhielt sich zum Lohn für einen gleichwertigen Job bei Helvetas wie 1:5. Heute ist dieses Verhältnis schon 1:15! Von den Löhnen des Putzpersonals schon gar nicht zu reden. Wie soll denn Solidarität möglich sein, wenn die Lohnverhältnisse so aussehen? All das, was für uns an Solidarität noch selbstverständlich war, steht heute zur Disposition. Wir haben heute eine Weltmarktellenstruktur, die in allen Regionen ihre Stützpunkte hat, so wie früher der Adel seine Schlösser gehabt hat. Die Diskrepanz zwischen arm und reich nimmt ständig zu. Es ist nicht absehbar, was die neuen Generationen machen werden, die jetzt in Afrika und Lateinamerika heranwachsen, aber es sind neue Bewegungen am Entstehen, und ich bin überzeugt, dass wir in ein neues Zeitalter politischer Auseinandersetzungen eintreten. Die Frage, wie wir uns hier als irgendwelche Oppositionelle in diesen veränderten Verhältnissen situieren, muss neu diskutiert werden. Ich stelle fest, dass

Unteilbarkeit der Menschenrechte

Mit Mascha Madörin sprach Dani Schönmann

die Weltbankdebatte in der Schweiz geprägt ist von einem zunehmenden Paternalismus gegenüber der Dritten Welt, der weit in die Gewerkschaften und in die ehemaligen 68er Kreise hineinreicht, wie ich es mir nie hätte abträumen lassen.

Was ist denn in der Schweiz passiert? Die 68er Bewegung hat die Nord-Süd-Problematik diskutiert, in den 70er Jahren erfolgte der Rückzug auf Ökologie und neue Innerlichkeit, man hatte politischen Erfolg mit der Strategie des globalen Denkens und lokalen Handelns, d.h. man handelte lokal und jetzt taucht plötzlich das Gespenst des Kulturrelativismus oder schlimmer des Rassismus auf, auch auf der Seite der Linken. Hat sich die Linke um die Burgherren geschart, die die Weltmachtelite repräsentieren? Ist man nicht mehr zur Diskussion bereit und mauert man nur noch?

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Untergang der traditionellen Linken gingen auch internationale Strukturen verloren. Heute existieren nur noch lockere Strukturen und wirksame politische Koordinationen sind schwierig geworden. Und verbindliche politische Auseinandersetzungen fehlen weitgehend. Wir nehmen hier im Norden heute wenig zur Kenntnis, welche Debatten im Süden geführt werden. Das ist nicht ganz neu. Unser Verhältnis zur Dritten Welt war immer auch ein Projektionsflächenverhältnis, wir stellten immer die Frage nach dem Kampf gegen den Imperialismus, nie aber die nach der kulturellen Eigenständigkeit der Gesellschaften des Südens. Als wir 1980 aus Moçambique zurückkehrten, stiessen wir im Umkreis der POCH auf Desinteresse, was die Situation in Afrika betraf. Niemand interessierte sich für unsere Erfahrungen und für unsere möglicherweise veränderte Sicht auf den Süden. Niemand wollte wissen, was es für uns bedeutete, in ganz andere kulturelle und wirtschaftliche Verhältnisse einzutauchen. Eine Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Süden fand nicht statt oder nur, soweit sie für das eigene politische Projekt des Antiimperialismus interessant waren. Die POCH verhielt sich gegenüber den Frauenbewegungen genau gleich wie gegenüber den Bewegungen in der Dritten Welt. Man befasste sich wenig mit der realen Geschichte, den realen Möglichkeiten und Anliegen von Frauen. Die Bewegungen, die heute im Süden entstehen, formulieren ihre eigenen Träume und Optionen, und wir müssen uns nur überlegen, wovon wir hier träumen. Angesichts der Ökologiefrage stellen sich für uns, nicht für den Süden, die Fragen nach dem technischen Fortschritt und nach der Lebensqualität völlig neu. Es fällt mir übrigens auf, dass ein Wort wie Freiheit aus dem politischen Diskurs der Linken und der Frauenbewegung verschwunden ist, es existiert allenfalls noch als Verkehrsfreiheit im Sprachgebrauch der EG. Die Verdünnung von Freiheits- und Gerechtigkeits träumen bringt eine Art von Pseudorealismus hervor und lässt den Kräften des Militärs, die unablässig an unsere Freiheitsträume appelliert, freies Spiel.

Gibt es eine geschlechterspezifische Entwicklung der Bewegungen nach 68?

Die 68er Bewegung war stark männerdominiert, die Träume von Freiheit und Gerechtigkeit wurden aus dem Blickwinkel

von Männern geträumt und inszeniert. Die Frauenbewegungen haben den Anspruch gestellt, dass ein Teil dieser Träume für sie eben anders gelten soll. Frauen verteidigen heute mit einer anderen politischen Kultur sehr viel, was 68 zu Debatte stand. Das christliche Abendland hat eine ganz spezielle Form von Geschlechterverhältnis hervorgebracht, indem nämlich das Allgemeine und Universelle immer das von Männern Gelehrte und Gedachte war. Für Frauen stellen sich z.B. ganz andere organisatorische Probleme in der Politik, ein Teil der Krise der Linken links der SP resultiert daraus, dass die Zentralkomiteestrukturen und all die anderen Organisationsformen und Rituale, um eine Partei zusammenhalten zu können, extrem männerkulturelle Formen waren. Der Frauenstreik und die Aktionen während der Kampagne für Christiane Brunner haben gezeigt, dass die Frauen innerhalb von einer Woche ein ungeheures Organisationspotential entwickeln können, das getragen wird von autonomen Frauen, Gewerkschafterinnen, SP-Frauen und verschiedenen Frauenorganisationen. Aber für Eingriffe in die sogenannten grossen Themen, die jetzt in der Schweiz hängig sind, fehlt uns nach wie vor ein Ort und frauenkompatible Strukturen. Die Existenz vorhandener Gruppen und ihre Vernetzung wird beinahe nicht wahrgenommen, weil wir auch nicht über die traditionellen Formen, sich bemerkbar zu machen, verfügen. Die Frauenbewegung wurde von der "Emanzipation" vor dem 8. März praktisch totgesagt, und genau in dieser Woche fand die Christiane Brunner-Geschichte statt. Das zeigt, dass die Frauen dem herrschenden Diskurs selbst auf den Leim gehen können. Ich habe in den letzten fünf Jahren sehr bewusst Frauenpolitik gemacht, mich hat erstaunt, wie diese Landschaft aussieht und wie sie sich verändert, aber auch, wie wenig diese Frauenpolitik-Landschaft von den Männern wahrgenommen wird. Ich habe gestaunt, wie viele verschiedene Frauen anlässlich der zweiten Bundesrätinnenwahl auf dem Bundesplatz standen. Trotzdem fehlt mir der Optimismus, den ich Anfang der 70er Jahre noch hatte in bezug auf eine positive Veränderung der Welt, wenn ich über Nord-Süd-Themen arbeite. Ich habe Angst vor Wirtschaftskrisen noch ungeahnten Ausmasses und ihren politischen und sozialen Rückwirkungen hier.

Mich erstaunt, dass die globalen Machtfragen von den 68ern in einer Zeit der relativen Ruhe, die durch den Kalten Krieg erzwungen wurden, gestellt wurden. Heute berührt uns die globale Machtverteilung viel hautnah, aber heute werden die Fragen nicht mehr gestellt.

Wenn von Perspektiven die Rede ist, dann reagiere ich in Diskussionen anders als die meisten Anwesenden. Mir fällt im Kontakt mit Menschen aus dem Süden immer wieder auf, dass es neben Freiheitsträumen und der Empörung über Ungerechtigkeit auch eine typisch abendländische Verhaltensweise gibt, sich nämlich nur dann für eine Sache einzusetzen, wenn eine klare Utopie und klare Ziele mit Erfolgsaussicht formuliert wurden. Ich stelle mir immer die Frage, ob denn die Schweinereien oder einfach der Wille, zu leben oder gut zu leben, nicht reicht, sich zu organisieren. Mir fällt immer wieder auf, z.B. während der Debatte über den EWR-Beitritt, dass das Wort Perspektive immer als Versprechen erscheint. Ich frage mich auch immer, wenn vom Verlust der Utopien die Rede ist, was

Es ist einfacher, sich in die Parlamentsarbeit zu stürzen, als die Frage nach dem Funktionieren der Macht neu zu stellen.

Das hängt mit der konkordanzdemokratischen Tradition in der Schweiz zusammen. Ich habe grosse Mühe gehabt, im Zusammenhang mit der Südafrika-Kampagne die Menschen in der Schweiz zu überzeugen, dass ein Bankenboykott ein politisch wirksames Mittel sein könnte. Wer hier politisch etwas erreichen will, denkt immer nur entweder an Strassendemos oder an das Sammeln von Unterschriften, alle anderen Formen, politischen Druck auszuüben, eigene Aktivitäten zu entwickeln, sind wenig entwickelt. Ich bin keineswegs gegen Initiativen und Referenden. Immerhin führen die Abstimmungen in der Schweiz zu Debatten, wie sie in der BRD oder in Österreich nicht möglich wären. Es wäre jedoch für Frauen äusserst wichtig, eine grundsätzliche Demokratie- und Politikdebatte zu führen. Die 68er Bewegung hat die Frage nach der politischen Handlungsfähigkeit gestellt. Wir müssen sie wieder stellen.

Hat nicht die 80er Bewegung die Fixiertheit auf das Parlament in Frage gestellt?

Es stellt sich die Frage, ob eine Bewegung sehr junger Leute oder einer beschränkten Szene, die zwar gesellschaftliche Strukturen verändern möchte, in der Lage ist, Bündnisse mit Menschen einzugehen, die in einer ganz anderen Szene leben. Die Frage der Menschenrechte z.B. ist geschlechter-, rassen- und kontinentübergreifend geworden. Sie könnte ein Ausgangspunkt für politische Bündnisse sein. Der Anspruch, über die eigene Szene hinaus gesellschaftlich wirksam zu werden, wird nicht mehr gestellt, das verhält sich in südlichen Ländern ganz anders.

Das hängt sicher mit der veränderten Gesellschaftsstruktur zusammen, mit der zunehmenden Individualisierung und Zersplitterung. Mir fällt auf, dass eine Menschenrechtsdiskussion in der Schweiz beinahe unmöglich ist.

Mich hat entsetzt, dass die Fichenaffäre zwar kurze Empörung ausgelöst, aber politisch bis jetzt wenig bewirkt hat. Das hängt sicher auch mit den auch wirtschaftlich relativ stabilen Strukturen der Schweiz zusammen, in denen man relative Narrenfreiheit hatte. In der Schweiz war das Bewusstsein, dass das Individuum ein Minimum an Schutz gegenüber staatlicher Willkür beanspruchen kann, nie ausgeprägt. Wir haben auch in der Linken eine unterentwickelte Tradition der Sicherung individueller Rechte, z.B. in der Strafprozessordnung. Wir haben eine Vorstellung von Repräsentanzdemokratie, aber keine von Regelungen, die individuelle Freiheit und Integrität sichern helfen. Die Schweiz hat eugenische Gesetze und eine Strafprozessordnung entwickelt, die von Hitler übernommen wurden. Bei uns verhinderte das Schlimmste die familiäre Atmosphäre, die Sozialkontrolle, aber nicht generell anerkannte und gesetzlich verankerte Prinzipien. Was Steinegger heute sagt, der wahrscheinlich nicht zu den Hardlinern der FDP gehört, wenn ich an seine Position gegenüber Christiane Brunner denke, verstösst gegen jegliches minimale Prinzip von Demokratie und Menschenrechten. Damit wird verneint, dass minimale rechtsstaatliche Spielregeln in diesem Land gelten sollen, und das gibt mir zu denken in bezug auf die Linke und auf die Frauenbewegungen. Für mich sind diese Fragen überhaupt noch nicht geklärt.

Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

